

Congress Report



Entscheidungen und
Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten
von Amerika

Jahrgang 19 (2004), Heft 6

**abgeschlossen am
27. Juni 2004**

	<u>Seite</u>
1. Untersuchungskommission verneint Verbindung zwischen Saddam Hussein und Al Kaida	1
2. Zusätzliche Mittel für Militäreinsatz im Irak bewilligt	2
3. Senat für klarere Richtlinien im Umgang mit Militärgefangenen	3
4. Senat verabschiedet <i>Defense Authorization 2005</i>	4
5. <i>Defense Appropriations 2005</i> im Vermittlungsausschuss	5
6. Repräsentantenhaus stimmt Unternehmenssteuergesetz zu	5
7. Repräsentantenhaus verabschiedet erneut Energieversorgungsgesetz	6
8. CBO legt optimistischere Prognose für Rentenversicherung vor	7
9. Demokratin gewinnt Nachwahl zum Repräsentantenhaus	8
10. Präsidentschaftswahlen: Kerry schärft sein außenpolitisches Profil	9

1. Untersuchungskommission verneint Verbindung zwischen Saddam Hussein und Al Kaida

Die Untersuchungskommission zu den Terroranschlägen des 11. September 2001 hat Mitte Juni 2004 neue Zwischenergebnisse veröffentlicht, die die Debatte um die Begründung des Irakkrieges durch die Bush-Administration wieder angefacht haben.

In einem Bericht des Mitarbeiterstabes der Kommission (*Staff Statement 15*; siehe <http://www.9-11commission.gov>), der sich mit der Entwicklung des Al Kaida-Netzwerks im Vorfeld der Anschläge auseinandersetzt, wird ausdrücklich festgestellt, dass es keinerlei Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit der irakischen Regierung unter Diktator Saddam Hussein gibt.

Zwar habe sich Usama Bin Laden in der ersten Hälfte der 1990er Jahre, so der Bericht, um logistische und materielle Unterstützung durch Hussein bemüht. Allerdings gebe es keine Beweise dafür, dass der Irak auf Bin Ladens Vorstöße einging.

Der Bericht verwirft darüber hinaus die wiederholt von der Administration herausgestrichene Vermutung, dass Mohammed Atta, einer der Attentäter des 11. September 2001, sich vor den Anschlägen in Prag mit dem irakischen Geheimdienst getroffen habe.

Nach Durchsicht aller von der Administration zur Verfügung gestellten Geheimdienstunterlagen widersprechen die Befunde des Mitarbeiterstabes der Kommission den im Vorfeld des Irakkrieges mehrfach betonten Verbindungen zwischen dem irakischen Diktator und dem internationalen Terrorismus.

Präsident Bush und Vizepräsident Cheney hielten in ersten Reaktionen jedoch an ihren bisherigen Darstellungen fest. Nach ihrer Auffassung stehen die gemachten Aussagen zu den Kontakten zwischen Vertretern von Al Kaida und des irakischen Regimes nicht im Gegensatz zu den Feststellungen der Kommission, dass Saddam Hussein keine direkte Beteiligung an Anschlägen gegen US-Ziele nachgewiesen werden könne.

Auf die Nachfrage von Journalisten gab Cheney zudem an, dass er „wahrscheinlich“ über mehr Informationen bezüglich der Verbindungen des entmachteten Diktators zu den Terroristen um Bin Laden verfüge als die Kommission. Führende Vertreter der Kommission forderten daraufhin die Administration auf, eventuell zurück gehaltene Erkenntnisse umgehend weiterzugeben.

In ungewöhnlich scharfer Form hielt demgegenüber der frühere Vizepräsident Al Gore der Administration vor, in der Frage der Zusammenarbeit mit Al Kaida „gelogen“ zu haben und nun die Wahrheit vertuschen zu wollen.

Tatsächlich glaubt noch immer ein großer Teil der US-Bevölkerung, dass Saddam Hussein in der einen oder anderen Form an der Vorbereitung der September-Anschläge beteiligt war, obwohl die Administration dies nie explizit als belegte Tatsa-

che dargestellt, sondern in der Regel nur auf Einzelkontakte hingewiesen hat.

Wie immer die früheren Ausführungen im Einzelnen bewertet werden, unterminieren die quasi-offiziellen Untersuchungsergebnisse weiter die Glaubwürdigkeit der Administration. Nach einer aktuellen Umfrage der *Washington Post* sind nun mehr Befragte davon überzeugt, dass Senator John Kerry (Mass.), der designierte demokratische Präsidentschaftskandidat, „vertrauenswürdiger und aufrichtiger“ ist als Bush.

Für eine gewisse Überraschung sorgte zudem der Zwischenbericht des Mitarbeiterstabs zum Umgang der Behörden mit den Flugzeugentführungen und den katastrophalen Folgen der September-Anschläge.

Die Nachrichten von Flugzeugentführungen am 11. September führten zu teilweise chaotischen Zuständen, wobei weder die Regierung, noch das Militär oder die Flugaufsichtsbehörden über präzise und zuverlässige Informationen verfügten. Eine schnelle und angemessene Reaktion, so der Befund, war unter diesen Bedingungen kaum möglich.

Die Kommission hat mit den Anhörungen im Juni ihre Untersuchungsarbeit abgeschlossen und will ihren Bericht bis spätestens Ende Juli 2004 vorlegen. Der Bericht soll auf der offiziellen Website der Kommission der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

2. Zusätzliche Mittel für Militäreinsatz im Irak bewilligt

Sieben Monate nach der Verabschiedung eines Ergänzungshaushalts für die amerikanischen Truppen im Irak (vgl. CR 11/2003, S. 1) haben beide Kammern des Congress im Rahmen ihrer Haushaltsbewilligung für 2005 (vgl. Punkt 5) weitere Mittel in Höhe von 25 Mrd. USD bewilligt.

Der Vorsitzende des Bewilligungsausschusses im Repräsentantenhaus, Bill Young (R-Fla.), deutete im Rahmen der Haushaltsberatungen an, dass möglicherweise noch in diesem Haushaltsjahr, das am 30. September 2004 endet, ein zusätzlicher Mittelbedarf in Höhe von 10 Mrd. USD für den US-Militäreinsatz im Irak besteht. Allerdings wurde dies vom Verteidigungsministerium bestritten; es sprach öffentlich lediglich von einer Unterdeckung von 2,8 Mrd. USD bis zum Ende des laufenden Haushaltsjahres.

Allgemein wird davon ausgegangen, dass der US-amerikanische Truppeneinsatz in Afghanistan und im Irak monatlich Mittel in Höhe von etwa 5 Mrd. USD verschlingt. Bisher haben die Vereinigten Staaten für die Militäreinsätze in beiden Ländern etwa 166 Mrd. USD aufgewendet.

Obwohl die Republikaner sich nach wie vor mit ihrer Kritik an der Irak-Politik Präsident Bushs öffentlich zurückhalten, ist die wachsende Irritation unübersehbar (vgl.

auch CR 4/2004, S. 1). Pat Roberts (Kansas), der konservative republikanische Vorsitzende des Geheimdienstausschusses im Senat, hielt zu einer Überprüfung der „U.S. messianic instincts“ an, und auch Henry J. Hyde (Ill.), der konservative republikanische Vorsitzende des *International Relations Committee* im Repräsentantenhaus, mahnte vor zu großen Ambitionen im Irak.

Dass die Republikaner zwischenzeitlich durchaus zur stärkeren Einmischung in die Politikformulierung bereit sind, unterstrichen sie im Repräsentantenhaus, als sie die Bewilligung von zusätzlich 25 Mrd. USD für den Militäreinsatz im Irak in insgesamt 22 Buchführungsbereiche aufteilten anstatt eine Pauschalbewilligung vorzunehmen, so wie Präsident Bush dies eigentlich wünschte. Dabei dürfte eines klar sein: Auch die jetzt bewilligten zusätzlichen Mittel dürften wohl nur bis Ende des Jahres 2004 reichen, so dass der Congress zu Beginn der neuen Legislaturperiode einen weiteren Zusatzhaushalt wird bewilligen müssen.

3. Senat für klarere Richtlinien im Umgang mit Militärgefangenen

Nach dem Folterskandal im Irak, der die Glaubwürdigkeit der Bush-Administration nach außen und innen schwer beschädigt hat (vgl. CR 5/2004, S. 1), hat der Senat den Präsidenten im Rahmen seiner Verabschiedung des Verteidigungsgenehmigungsgesetzes 2005 (vgl. Punkt 4) einstimmig dazu verpflichtet, neue Richtlinien zur humanen Behandlung von Gefangenen in US-Militärgefängnissen zu erlassen.

Der von Senator Richard Durbin (D-Ill.) initiierte Zusatz würde Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld binnen 180 Tagen nach Inkrafttreten der *Fiscal Year 2005 Defense Authorization* dazu verpflichten, entsprechende Richtlinien zu erlassen und dem Congress zweimal im Jahr über mögliche Verstöße zu berichten.

Die Republikaner im Senat hatten zuvor versucht, den Durbin-Zusatz zu blockieren, stießen jedoch nicht nur bei den Demokraten, sondern auch in den eigenen Reihen auf erheblichen Widerstand. Zu groß scheint auch dort die Sorge, dass der Präsident die öffentliche Unterstützung für seine Irak-Politik nach Bekanntwerden der Misshandlungen im Militärgefängnis Abu Graib Stück für Stück verlieren könnte. Entsprechend einigte man sich darauf, den Vorstoß des Demokraten Durbin in nicht namentlicher Abstimmung zu unterstützen.

Ein weiter gehender Zusatz, der die Beschäftigung von Mitgliedern privater Sicherheitsdienste in US-Militärgefängnissen im Irak verboten hätte, die ebenfalls verdächtigt werden, in den Folterskandal verwickelt zu sein, fand allerdings keine Mehrheit im Senat und wurde mit 54:43 Stimmen abgelehnt. Es wird geschätzt, dass im Irak derzeit 20.000 Mitglieder privater US-Sicherheitsdienste im Einsatz sind.

4. Senat verabschiedet *Defense Authorization 2005*

Nach dem Repräsentantenhaus (vgl. CR 5/2004, S. 6) hat am 23. Juni 2004 auch der Senat mit 97:0 Stimmen seine Vorlage zum Verteidigungsgenehmigungsgesetz 2004 verabschiedet. Mit der *Defense Authorization* entscheidet der Congress jährlich der Sache nach über die Ausgabenpolitik im Rüstungsbereich, während die eigentliche Ausgabenhöhe im Rahmen des Verteidigungsbewilligungsgesetzes („Defense Appropriations“) festgelegt wird (vgl. Punkt 5).

Die Vorlage des Senats hat einen Gesamtumfang von 447 Mrd. USD, wovon 25 Mrd. USD für den Militäreinsatz im Irak bestimmt sind (vgl. Punkt 2). Ein Zusatz von Senator Edward M. Kennedy (D-Mass.), der die Administration auf einen detaillierten Fortschrittsbericht in ihrer Irakpolitik verpflichtet hätte, scheiterte knapp mit 50:48 Stimmen.

Nun müssen beide Kammern ihre Gesetzesvorlagen noch im Vermittlungsausschuss aufeinander abstimmen.

Dabei gibt es Konfliktstoff mit Blick auf

- die Truppenstärke. Das Repräsentantenhaus verlangt, dass zusätzlich 39.000 Soldaten während eines Zeitraumes von drei Jahren eingestellt werden. Der Senat geht von zusätzlich 30.000 Soldaten innerhalb von vier Jahren aus.
- die Verwendung der zusätzlichen Mittel für den Militäreinsatz im Irak. Während die Vorlage des Repräsentantenhauses im Detail festlegt, wofür die Mittelautorisierung in Höhe von 25 Mrd. USD verwendet werden soll, räumt der Senat dem Präsidenten in seiner Vorlage größtmögliche Flexibilität ein.
- die Schließung von Militärstützpunkten. Das Repräsentantenhaus will entsprechende Entscheidungen um zwei Jahre auf das Jahr 2007 verschieben. Der Senat verzichtet auf eine zeitliche Verschiebung.
- eine „Buy America“- Bestimmung, nach der in der Vorlage des Repräsentantenhauses Rüstungsgüter vor allem von US-amerikanischen Firmen beschafft werden sollen, während die Senatsvorlage auf eine solche Bestimmung verzichtet.

Deckungsgleich sind die Vorlagen beider Kammern dagegen hinsichtlich der Autorisierung von Mitteln in Höhe von 10,2 Mrd. USD für Bushs geplantes Raketenabwehrprogramm und für die Erforschung neuer bunkerbrechender Atomwaffen, wofür dem Pentagon im kommenden Haushaltsjahr 27,6 Mio. USD zur Verfügung gestellt werden sollen. Einigkeit herrscht zwischen beiden Kammern auch darüber, dass der Sold im kommenden Haushaltsjahr 2005 um 3,5 Prozent angehoben werden soll.

5. Defense Appropriations 2005 im Vermittlungsausschuss

Obwohl der Congress nach wie vor keine Budget-Resolution 2005 verabschiedet hat (vgl. CR 5/2004, S. 4), mit der in der Regel der grobe Finanzrahmen für die Arbeit der Bewilligungsausschüsse umrissen wird, haben beide Kammern Ende Juni 2004 ihre Vorlagen für das Verteidigungsbewilligungsgesetz 2005 (Defense Appropriations) zum Abschluss gebracht.

Das Repräsentantenhaus hat seine diesbezügliche Gesetzesvorlage am 22. Juni 2004 mit 403:17 Stimmen verabschiedet. Der Senat votierte zwei Tage später einstimmig mit 98:0 Stimmen für seine Vorlage zur *Fiscal Year 2005 Defense Appropriations*.

Beide Vorlagen, die nun noch im Vermittlungsausschuss synchronisiert werden müssen, sehen eine Bewilligungssumme in Höhe von 417 Mrd. USD für die Rüstung im kommenden Haushaltsjahr 2005 vor, worin Mittel in Höhe von 25 Mrd. USD für den fortlaufenden US-Militäreinsatz im Irak und in Afghanistan enthalten sind (vgl. Punkt 2).

Allgemein wird angenommen, dass beide politischen Lager eine schnelle Einigung im *Conference Committee* anstreben, um nach der Sommerpause des Congress von Ende Juli bis Anfang September 2004 wenigstens im Bereich der Rüstungspolitik eine geordnete Budgetbewilligung bis zum 1. Oktober 2004, dem rechnungstechnischen Beginn des neuen Haushaltsjahres 2005, vornehmen zu können.

6. Repräsentantenhaus stimmt Unternehmenssteuergesetz zu

Das Repräsentantenhaus hat am 17. Juni 2004 mit deutlicher Mehrheit ein Paket von Steuererleichterungen für Unternehmen verabschiedet. Die Novelle der Unternehmensbesteuerung streicht im Gegenzug Exportsubventionen, die von der *World Trade Organization* (WTO) für unzulässig erklärt worden waren.

Für den Gesetzentwurf stimmten 251 Abgeordnete, dagegen 178. 48 Demokraten schlossen sich der republikanischen Mehrheit an, 23 Republikaner votierten gegen die Vorlage.

Das Kernstück des Gesetzentwurfs des Repräsentantenhauses (wie einer ähnlichen Vorlage des Senats) ist die

- Absenkung des Spitzensteuersatzes für die herstellende Industrie von 35 auf 32 Prozent.

Daneben sieht die Vorlage unter anderem Subventionen für Tabakbauern und eine zeitlich befristete Abzugsfähigkeit der Mehrwertsteuer in Bundesstaaten vor, die keine Einkommensteuer erheben.

Mit diesen Zusatzbestimmungen sicherten sich die Republikaner Stimmen aus dem demokratischen Lager und damit eine Mehrheit gegen die parteiinterne Opposition.

Darüber hinaus enthalten sowohl die Vorlage des Repräsentantenhauses wie des Senats eine Reihe weiterer Vergünstigungen für einzelne Industriebereiche, die Gesamtkosten in Höhe von 143 Mrd. USD (167 Mrd. USD im Senat) während der nächsten 10 Jahre erwarten lassen. Die gestrichenen Exportsubventionen belaufen sich dagegen auf nur ca. 5 Mrd. USD pro Jahr.

Kritiker auf liberaler wie auf konservativer Seite bemängeln dementsprechend, dass das Gesetz ein riesiges Geschenkpaket für Industrielobbyisten ist und gegen die Grundsätze einer marktorientierten Steuergesetzgebung verstößt.

Die Administration äußerte sich ungeachtet ihrer scharfen Kritik im Vorfeld der Gesetzesentscheidung nicht zu dem Beschluss des Repräsentantenhauses. Beobachter deuten dies als ein Einlenken des Präsidenten, der seit längerem auf eine schnelle Reaktion im Zusammenhang mit dem WTO-Urteil und die EU-Strafzölle gedrängt hat.

7. Repräsentantenhaus verabschiedet erneut Energieversorgungsgesetz

Das Repräsentantenhaus hat am 15. Juni 2004 mit 244 gegen 178 Stimmen erneut eine Gesetzesvorlage angenommen (vgl. CR 11/2003, S. 7), welche die von der Bush-Administration 2001 vorgeschlagenen Maßnahmen zur Sicherung und Modernisierung der Energieversorgung umsetzt (vgl. CR 5/2001, S. 7).

Für die Annahme stimmten 198 republikanische und 46 demokratische Abgeordnete, dagegen 25 Republikaner, 152 Demokraten sowie ein Parteiloser. 11 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Ungeachtet der breiten Mehrheit hat die Abstimmung jedoch vor allem symbolischen Wert. Die republikanische Parteiführung reagierte mit dem Vorstoß auf den anhaltenden Unmut der Öffentlichkeit über die stark gestiegenen Ölpreise und zielte auf den Senat, in dem die Beratung des Energieversorgungsgesetzes derzeit blockiert ist.

Umstritten ist vor allem eine Bestimmung, die das Haftungsrisiko für Hersteller eines Methyläthers (MTBE), der als Kraftstoffzusatz verwendet wird, begrenzt (vgl. CR 12/2003, S. 5). Der Zusatzstoff wird als erhebliche Gefahr für das Grundwasser gesehen.

Die Mehrheit der Demokraten im Senat sowie eine Reihe von Republikanern, die Staaten im Nordosten der USA repräsentieren, halten allerdings an ihrer Blockade des Gesetzesentwurfs fest, solange die umstrittene Bestimmung nicht aus der Gesetzesvorlage heraus genommen wird.

8. CBO legt optimistischere Prognose für Rentenversicherung vor

Das *Congressional Budget Office* (CBO) hat Mitte Juni 2004 eine Studie veröffentlicht, die eine wesentlich günstigere Entwicklung der Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung OASDI (*Old Age, Survivors, and Disability Insurance*) prognostiziert als bisher angenommen.

Die verbesserte Prognose widerspricht vor allem den gegenwärtigen Annahmen der Bush-Administration, die aufgrund der von ihr erwarteten enormen Finanzierungslücken ab Mitte dieses Jahrhunderts auf eine grundlegende Reform des Rentensystems drängt (vgl. CR 12/2001, S.8).

Präsident Bush hatte bereits Ende 2001 die Einführung von individuellen Rentensparkonten (*Personal Retirement Accounts*) vorgeschlagen, die in begrenzter Form die individuelle Anlage von Rentenbeiträgen erlauben. Durch die erhofften höheren Erträge sollen die Auswirkungen von Ausgabenkürzungen auf das Rentenniveau kompensiert werden.

Das CBO geht davon aus, dass die Ausgaben die Einnahmen von OASDI ab 2019 übersteigen und die Finanzreserven des Systems erst 2052 erschöpft sein werden. Langfristig (bis 2080) wird eine jährliche Deckungslücke in Höhe von 1,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwartet.

Demgegenüber geht der im März 2004 vorgelegte Jahresbericht des *Board of Trustees* von OASDI davon aus, dass die Reserven der Versicherung bereits 2042 vollständig verausgabt sein werden. Bis 2080 wird zudem ein Jahresdefizit in Höhe von 2,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts prognostiziert.

Während CBO nach eigenen Angaben die gleichen demografischen Annahmen wie der *Board of Trustees* unterstellt, geht es von einer leicht günstigeren Wirtschaftsentwicklung aus. Getragen durch ein höheres Produktivitätswachstum wird mit 1,3 Prozent eine um 0,2 angehobene Jahreszuwachsrate der Einkommen angenommen und mit 3,3 Prozent gegenüber 3,0 Prozent eine günstigere Verzinsung der Finanzreserven.

Befürworter und Gegner der von Präsident Bush geforderten Reform reagierten unterschiedlich auf die neue Prognose. Die Verfechter einer „Teil-Privatisierung“ sahen sich insofern bestätigt, als auch unter günstigeren Wirtschaftsannahmen in den kommenden Jahrzehnten beträchtliche Finanzdefizite und eine Insolvenz des Systems drohen. Dies unterstreiche die Notwendigkeit schneller und grundlegender Einschnitte.

Demgegenüber verweisen die meistenteils demokratischen Kritiker der Einführung von Individualsparkonten (die insbesondere Geringverdiener und Frauen zu benachteiligten scheinen) darauf, dass die neuen Schätzungen des CBO gegen einen „radikalen“ Reformbedarf sprechen.

Ungeachtet der erheblichen Unsicherheiten von langfristigen Prognosen dürfte der po-

sitivere Ausblick den Druck auf eine Strukturreform weiter abschwächen.

9. Demokratin gewinnt Nachwahl zum Repräsentantenhaus

Die demokratische Kandidatin Stephanie Herseth hat Anfang Juni 2004 die Nachwahlen zur Besetzung des vakanten Repräsentantenhausdistrikts von South Dakota gewonnen.

Überraschend unterlag ihr republikanischer Gegenkandidat, Larry Diedrich, der lange als Favorit gehandelt worden war, mit 49 gegen 51 Prozent der Stimmen. Das als konservativ geltende South Dakota wird im Congress damit nun von drei Demokraten repräsentiert, der Abgeordneten Herseth sowie den Senatoren Tom Daschle und Tim Johnson.

Die Wahlkampfkomitees beider Fraktionen des Congress, das *Democratic Congressional Campaign Committee* (DCCC) und das *National Republican Campaign Committee* (RNCC), hatten sich mit millionenschweren Anzeigenkampagnen in den Wahlkampf eingeschaltet. Selbst Vizepräsident Richard Cheney und *Speaker* Dennis Hastert (R-Ill.) wurden zur Unterstützung des republikanischen Kandidaten eingeflogen.

Die enorme Bedeutung, die dem Wahlkampf in South Dakota beigemessen wird, unterstreicht, dass sich die Republikaner entgegen bisheriger Konventionen aktiv in den Auseinandersetzungen um die Wiederwahl von *Senate Minority Leader* Tom Daschle engagieren. Selbst *Majority Leader* Bill Frist (R-Tenn.) ist mehrfach in South Dakota zu Wahlkampfveranstaltungen von Daschles Gegenkandidat angereist.

Die Demokraten interpretieren Herseths Sieg allerdings nicht nur als positives Vorzeichen in dem umkämpften Bundesstaat, sondern als Meilenstein einer nationalen Trendwende. Nachdem die Demokraten beide 2004 abgehaltene Nachwahlen in Staaten, die normalerweise die Republikaner begünstigen, für sich entscheiden konnten, keimen neue Hoffnungen auf eine Mehrheit im Repräsentantenhaus auf.

Nationale Meinungsumfragen deuten seit Anfang des Jahres auf einen Vorsprung der Demokraten in den anstehenden Congress-Wahlen hin. Hierfür werden vor allem der Unmut über die anhaltend schwierige Lage des Arbeitsmarktes und die andauernden Probleme im Irak verantwortlich gemacht.

Offen bleibt allerdings, wie sich der Meinungstrend zugunsten der Demokraten in Umfragen, die allgemein nach der Parteipräferenz der Wähler fragen (*generic poll*), in den Wahlkreisen niederschlägt, in denen einzelne Kandidaten gegeneinander antreten und demnach über konkrete Persönlichkeiten abgestimmt wird.

Der ohnehin knappe Vorsprung der Republikaner im Repräsentantenhaus ist durch die

Nachwahlsiege weiter geschrumpft. Nach dem krankheitsbedingten Ausscheiden des demokratischen Abgeordneten Frank Ballance (N.J.) Anfang Juni 2004 verfügen die Republikaner über 228 Sitze, die Demokraten über 205 (hinzu kommt ein parteiloser Abgeordneter).

Damit würden knapp über ein Dutzend zusätzliche Sitze eine demokratische Mehrheit sichern. Allerdings gelten im Wahljahr 2004 kaum mehr als 30 der insgesamt 435 Wahlkreise als kompetitiv, und die Republikaner verweisen auf mögliche Zugewinne in Staaten wie Texas, in denen sie durch die Neuaufteilung der Distrikte über Vorteile verfügen.

10. Präsidentschaftswahlen: Kerry schärft sein außenpolitisches Profil

Senator John F. Kerry hat sein außen- und sicherheitspolitisches Profil in einer Reihe von Reden im Mai/Juni 2004 geschärft und Präsident Bush teilweise scharf angegriffen (siehe <http://www.johnkerry.com/pressroom/speeches/>)

Kerry warf Präsident Bush vor, die Weltführungsrolle der USA mit seinem aggressiven Unilateralismus so empfindlich wie seit vielen Generationen nicht geschwächt zu haben, und kündigte an, bestehende Allianzen im Sinne eines „progressiven Internationalismus“ zu erneuern. „We simply can't go it alone“, so der Senator Ende Mai 2004 in einer Rede in Seattle, „or rely on a coalition of the few. The threat of terrorism demands alliances on a global scale.“

Die USA sollen führen, aber weniger im Alleingang, sondern wieder stärker im Konzert. „There was a time, not so long ago“, so der Senator, „when the might of our alliances was a driving force in the survival and success of freedom (...) America led instead of going it alone. We extended a hand, not a fist. We respected the world and the world respected us.“ Große Bedeutung haben dabei internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, die Kerry wieder mehr für die Weltordnungspolitik der USA nutzen will.

Kerrys Bekenntnis zum Multilateralismus bedeutet freilich keinen Verzicht auf Sicherheit und überlegene militärische Stärke. Die USA sollen auch im Falle eines Wahlsieges des Demokraten aus Massachusetts „the world's paramount military power“ bleiben.

Entsprechend hat der Senator angekündigt, dass er die Zahl der aktiven Soldaten im Falle seines Wahlsieges um 40.000 erhöhen will, wobei vor allem die „Special Forces“ gestärkt werden sollen.

Neben der Stärkung und dem Ausbau von Allianzen sowie der Modernisierung der Streitkräfte hat Kerry die wirtschaftliche Stärke der USA in das Zentrum seiner „foreign policy architecture“ gerückt. In diesem Zusammenhang verlangt der Senator die

Abhängigkeit von Ölimporten aus dem Nahen Osten zu verringern.

In der Sicherheitspolitik hat Kerry neben dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus die Proliferation von Massenvernichtungswaffen als größte Herausforderung für die Vereinigten Staaten bezeichnet, zumal in den Händen von Terroristen. Ziel müsse es deshalb sein, einen „internationalen Konsens“ für eine präventive Politik herzustellen.

Kerry spricht sich in diesem Zusammenhang für eine Stärkung des Atomwaffensperrvertrages und den Verzicht auf den Bau neuer bunkerbrechender Atomwaffen durch die USA aus. Außerdem setzt er auf bilaterale Verhandlungen mit Nordkorea und dem Iran zur Beendigung von deren nuklearen Waffenprogrammen.

Im Gegensatz zu Bush, der in seinen Reden immer wieder idealistische Motive anklingen lässt, hat Kerry zu erkennen gegeben, dass er die Förderung der Demokratie für nicht zentral im Sinne einer US-amerikanischen Weltordnungspolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts erachtet. Stattdessen soll Amerika die Welt führen „in a mission to lock up and safeguard nuclear weapons material so terrorists can never acquire it.“

In der Welt nach dem 11. September 2001 will Kerry die nationale Sicherheitspolitik der USA an der Stärkung von Allianzen, der Modernisierung der amerikanischen Streitkräfte sowie dem Einsatz diplomatischer Mittel und wirtschaftlicher Stärke ausrichten, um der doppelten Bedrohung durch nukleare Proliferation und Terrorismus begegnen zu können.

Die USA sollen sich dabei nicht nur auf ihre überlegenen „harten“ Machtressourcen, sondern auch ihr „weiches“ Machtpotenzial stützen. Sie sollen auf ihre militärische Stärke setzen, um grundlegende nationale Interessen zu schützen. Die USA sollen aber auch die internationale Kooperation und mit ihr die Stärkung internationaler Institutionen fördern. „We can't eliminate the threat on our own“, so Kerry in einer Rede in West Palm Beach, Florida, am 1. Juni 2004. „We must fight this enemy in the same way we fought in World War I, World War II, and the Cold War, by building and leading strong alliances. Our enemy has changed and is not based within one country or one totalitarian empire. But our path to victory is still the same. We must use the might of our alliances.“

Mit dieser Vision eines progressiven Internationalismus ist freilich keine radikale Kehrtwende in der Außenpolitik der USA verbunden. Die Vereinigten Staaten sollen aktiv führen, dabei über die Ziele ihrer Weltordnungspolitik nicht die Mittel aus dem Auge verlieren. Die globale Rolle der USA als Führungsmacht soll sich nicht nur an ihrer militärischen und wirtschaftlichen Stärke orientieren, sondern auch an ihrer Fähigkeit, Institutionen und Normen internationaler Politik entlang ihrer nationalen Interessen wohlwollend zu beeinflussen. „Today“, so Kerry, „there is a powerful yearning around the world for an America that listens and leads again. An America that is respected, and not just feared.“